Bezugsgebühr: Vierteljährlich 2 Mk. 50 Pfg.; durch die Post 3 Mk. 75 Pfg.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zustellung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Theilausgaben Abends und Morgens zugestellt.

Für Nichtaufnahme eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 u. Nr. 9096.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

Illuminations-Laternen in Papier, Stoff und Gelatine | Kinderlampions, Luftballons in reichster Auswahl
empfiehlt Vereinen, Gartenbesitzern und Restaurateuren
21 am See. Oscar Fischer, Dresden, am See 21.

Gewissenhaft, mässige Preise. Patent-Bureau Reichelt, Dresden-N. Hauptstr. 4. Musterausstellung Auskunft kostenlos. Teleph. Amt II, No. 20. Erwirkg. u. Verwerth. in allen Staaten. Marken-, Muster und Gebrauchs-Muster-Schutz. Inhaber: Emil Reichelt, Ing. u. Patent-Anw

Alwin Kummer, Colonialwaaren u. Landesprodukten
17 Oppelstrasse. • Dresden-N. • Oppelstrasse 17.
Annahme von Inseraten und Abonnements für die „Dresdner Nachrichten".

Grösstes Lager! Garten-Schläuche Vorzüglichste Qualitäten zu Fabrikpreisen in schwarz oder roth Gummi, auch in Hanf und Hanf gummirt. Wiederverkäufer und Gärtner Rabatt. Gummi-Fabrik Reinhardt Leupolt, Dresden-A., Wettinerstr. 26 Telephon 285.

Lodenjoppen, Schilfleinenjoppen, Lüsterjackets,
grösste Auswahl wasserdichter Lodenmäntel und Sport-Anzüge empfiehlt Jos. Fiechtl aus Tirol, Schlossstrasse 23, part. und 1. Etage.

Nr. 139. Spiegel: Ausstand der Straßenbahn-Angestellten in Berlin. Hofnachrichten. Armeeveränderungen. Gedenkfeiern um Metz. Verein für Gesundheitspflege. Feier des 101. Reg. Graben-Hoffmann †. | Muthmaßl. Witterung: Heiter, wärmer. | **Dienstag, 22. Mai 1900.**

Der Ausstand der Straßenbahnangestellten in Berlin.

Der Ausstand der Straßenbahnangestellten, der das ganze große Verkehrsräderwerk der Reichshauptstadt zum Theil völlig in's Stocken gebracht, zum Theil in empfindliche Mitleidenschaft gezogen hat, ist für die Berliner ein Sensationsereigniß ersten Ranges und läßt in Berlin selbst zunächst jedes andere Interesse von der Bildfläche verschwinden. Die Bewegung ist aber zugleich, wie alle in großem Stile angelegten Lohnkämpfe der Gegenwart, wegen der hineinspielenden sozialen und politischen Gesichtspunkte weit über den engeren Kreis der unmittelbar Betheiligten hinaus von Bedeutung, und zwar in diesem Falle nicht zum wenigsten in Folge des Umstandes, daß hier nicht Unternehmer als Privatpersonen im Kampfe wider eine organisirte Arbeiterschaft stehen, sondern daß es sich um eine private Erwerbsgesellschaft handelt, die Befugnisse von öffentlich-rechtlichem Charakter innerhalb der Stadtgemeinde ausübt und die nunmehr von ihren Angestellten beschuldigt wird, daß sie deren berechtigte Wünsche in Bezug auf Gehalt und sonstige Nothwendigkeiten der Lebensführung nicht genügend berücksichtigt habe.

Die Ausständigen befinden sich von vornherein in der günstigen Lage, daß die öffentliche Meinung der Reichshauptstadt ihnen unverkennbare Sympathien entgegenbringt. Selbstverständlich muß man bei der Formulirung des Begriffs der „öffentlichen Meinung" gerade in Berlin mit besonderer Vorsicht zu Werke gehen und vor Allem diejenigen Elemente ausscheiden, deren überreizter „bürgerlicher" Radikalismus oder deren offene sozialrevolutionäre Gesinnung sie in jedem Falle auf die Seite der sich wider irgend eine Ordnung Auflehnenden führt, ganz einerlei, ob die Auflehnung mit theilweisem Recht oder zu völligem Unrecht erfolgt. Ferner darf man nicht die Meinung aufkommen lassen, als gingen die eigenartigen „Sympathiekundgebungen" für die Ausständigen, die sich in Sachbeschädigungen und Körperverletzungen, sowie in landfriedensbruchartigen Zusammenrottungen äußern, von dem wirklichen Berliner „Publikum" aus; thatsächlich kommt hierbei nur ein Janhagel der allerschlimmsten Sorte in Frage, mit dem ja leider Berlin nach dem Zeugniß zahlreicher weitgereister Beurtheiler viel mehr geeignet ist als irgend eine andere Großstadt nicht blos des Kontinents, sondern der Welt überhaupt. Indessen, selbst wenn man alle diese Momente gebührend in Abzug bringt, bleiben doch auf Seiten des maßgebenden Berliner Publikums und des beachtlichen Theils der dortigen Presse immer noch genug Erscheinungen übrig, die das Urtheil rechtfertigen, daß man hier einem klar ausgesprochenen Mitempfinden für die Sache der Streikenden gegenübersteht.

Mit dieser Thatsache muß gerechnet werden, zunächst in der Richtung, daß man ihre Ursachen fest zu stellen sucht. In erster Linie kommt als Beweggrund für die günstige Stimmung, welche die Berliner den Angestellten der Straßenbahn entgegenbringen, das Verhalten der Leitung der Gesellschaft gegenüber dem Publikum in Betracht, insofern die Verwaltung es bisher durchaus nicht verstanden hat, sich durch Eingehen auf berechtigte Verkehrswünsche beliebt zu machen, vielmehr durch allerlei Engherzigkeiten in der allgemeinen Werthschätzung auf einen bedenklichen Tiefstand hinunter geglitten ist. Dadurch hat die Gesellschaft selbst im Publikum den Boden vorbereitet, auf dem sich jetzt zu ihrem Schaden eine abfällige Beurtheilung auch ihrer Leistungen gegenüber den Angestellten vollzieht. Der Dienst aller Angestellten der Berliner Straßenbahn ist zweifellos sehr anstrengend; namentlich dürfen die Anforderungen, die an das verantwortungsreiche Amt eines Berliner Fahrers der Straßenbahn gestellt werden, als ungewöhnlich hoch bezeichnet werden. Es entspricht nur der Billigkeit, wenn für eine so aufreibende Thätigkeit auch einigermaßen entsprechende Ausgleiche von der Gesellschaft gewährt werden. Daß dies aber bisher nicht der Fall gewesen ist, darüber ist das führende Berliner Publikum mit den Ausständigen einig und auch anderwärts machen sich Stimmen geltend, die den „standard of life", die Lebenshaltung der Berliner Straßenbahnangestellten als unverhältnißmäßig niedrig bezeichnen; beispielsweise erklärt die Wiener „Neue Fr. Pr.", die zu Wohlfahrtszwecken für die Angestellten gemachten Aufwendungen der dortigen Tramway-Gesellschaft, die sich auch nicht gerade durch übermäßige Großmuth auszeichnet, überstiegen bei Weitem die Summen, welche die Berliner Gesellschaft zu dem gleichen Zwecke bereit stelle.

Vielleicht ließen sich indessen aus dem fehlerhaften Verhalten der Berliner Straßenbahngesellschaft allein der große Umfang und die erhebliche Stärke der den Ausständigen entgegengebrachten Sympathien noch nicht hinlänglich erklären, wenn nicht noch ein weiteres eigenthümliches Moment hinzukäme. Es hat nämlich ganz den Anschein, als wenn bei der Stellungnahme der öffentlichen Meinung in dem vorliegenden Falle mehr oder weniger die grundsätzliche Abneigung mitspräche, die in weiten Kreisen gegen die mit unmäßig hohen Dividenden und Tantièmen wirthschaftenden Gesellschaften herrscht und die naturgemäß noch verschärft wird, wenn, wie hier, zugleich öffentliche Interessen durch eine solche Körperschaft vertreten und durch ungeeignetes Verfahren geschädigt werden. Lehrreich als Stimmungsbild ist, was in dieser Beziehung der „Reichsbote" ausführt. Das Blatt sagt nach Aufmachung einer vergleichenden Rechnung: „Die Dividenden der Aktionäre und die Tantièmen der Direktoren wie des Aufsichtsraths betragen mehr als die Gehälter aller Angestellten. Daß das die Letzteren, welche die Arbeit des Betriebes leisten müssen, zu Vergleichen anregt, und daß diese Vergleiche das Verlangen wachrufen, ebenfalls einen größeren Antheil an diesem großen Gewinn zu erhalten, ist begreiflich, und man wird schwerlich leugnen können, daß in diesem Verlangen eine gewisse Berechtigung liegt." Sodann wird auseinandergesetzt, daß gerade die in dem größten Theil aller kapitalistischen Betriebe übliche Art der Gewinnvertheilung, wobei die Direktoren, Aufsichtsräthe und Aktionäre den Löwenantheil ohne Weiteres erhalten, während die Arbeiter auch die kleinste Lohnerhöhung nur durch Streiks erzwingen können", eine der hauptsächlichsten Ursachen der Arbeitseinstellungen bilde. Die ausnahmsweise günstige Stellung der höheren Beamten und Aktionäre der kapitalistischen Unternehmungen bringe ihrerseits wieder andere soziale Verschiebungen zu Stande, erhöhe die Lebenshaltung und verbreite dadurch Unzufriedenheit unter den Staats- und Kommunalbeamten, sowie in denjenigen Volkskreisen, die nicht an den kapitalistischen Vortheilen theilnehmen. Der Staat sehe sich dann seinerseits genöthigt, Gehaltsaufbesserungen vorzunehmen, könne diese aber nicht, wie die Gesellschaften, aus höherem Geschäftsgewinn decken, sondern müsse seine Zuflucht zu Steuererhöhungen nehmen, die dann wiederum die schon so wie so durch jene kapitalistische Entwickelung zurückgesetzten Kreise, die Bauern und kleinen Geschäftsleute, treffen. Insbesondere hebt das Blatt hervor, daß die Unzufriedenheit der gebildeten Beamten und Volksklassen in eben dem Maße steigen müsse, wie die gesammte Intelligenz von den kapitalistischen Kreisen, die großentheils ohne wissenschaftliche Bildung seien, abhängig werde.

Trotz aller solchen und ähnlichen Erwägungen muß aber der besonnene soziale Realpolitiker seine Hauptaufmerksamkeit der Kehrseite der Medaille zugewendet halten, und zwar deswegen, weil auf dieser die Versuche der Sozialdemokratie verzeichnet stehen, auch die jetzige Lohnbewegung der Berliner Straßenbahn-Angestellten im Interesse des sozialrevolutionären Terrorismus auszunutzen. Der „Vorwärts" geberdet sich bereits ganz so, als habe die Partei des Umsturzes die Straßenbahnangestellten auf Gnade und Ungnade in der Hand. Man kann den Ausständigen nicht den Vorwurf ersparen, daß ihre Haltung in diesem Punkte zu verschiedenen, sehr ernsten Ausstellungen Anlaß giebt. Das Eine muß ihnen allerdings zum Lobe nachgesagt werden, daß ihre Versammlungen bis jetzt durchaus maßvoll verlaufen sind und daß sie sich von allen Ausschreitungen ferngehalten haben (für die Exzesse des Janhagels sind sie nicht verantwortlich). Dagegen ist es nicht zu billigen, daß sie den Ausstand auf dem Wege des Kontraktbruches begonnen haben anstatt die vertragsmäßige Kündigung inne zu halten, und vor allen Dingen durften sie nicht den kolossalen Unfug begehen, in ihr Programm die krasse sozialdemokratische Forderung einzustellen, daß die Gesellschaft nur solche Leute anstellen dürfe, die sich als Mitglieder des Centralverbandes der Transportarbeiter ausweisen. Der genannte Centralverband ist eine Vereinigung der Arbeiter im Verkehrsgewerbe auf sozialdemokratischer Grundlage. Die Forderung, daß Niemand angestellt werden darf, der nicht dem Verbande angehört, bedeutet also nichts weiter als: es dürfen nur Sozialdemokraten angestellt werden! Eine derartige unglaubliche Zumuthung hat die Direktion der Gesellschaft mit erfreulicher Energie von der Schwelle aus abgewiesen und ihrerseits die unter solchen Umständen ganz unerläßliche Gegenforderung gestellt, daß keiner ihrer Angestellten dem vorgedachten Centralverbande angehören dürfe.

Den Ausständigen scheint inzwischen schon die Erkenntniß aufgedämmert zu sein, daß sie mit derartigen sozialrevolutionären Extravaganzen ihre Lage nur verschlimmern können. Sie haben deshalb neue gemäßigtere „Mindestforderungen" aufgestellt, die im Wesentlichen lauten: Anfangsgehalt 90 Mk., das sich bis auf 120 Mk. steigert; 10stündige Arbeitszeit für Fahrer und Kutscher. Die Direktion hat sich daraufhin in der Hauptsache zu folgenden Zugeständnissen bereit erklärt: An Gehalt will die Gesellschaft monatlich 85 Mk. für die Probezeit und 90 Mk. für die Festangestellten nach 6 Monaten zahlen, aufsteigend von 5 zu 5 Jahren bis nach 20 Jahren das Höchstgehalt von 120 Mk. erreicht wird. Die Dienstdauer für Schaffner soll in Zukunft 11 Stunden einschließlich Einstellung und Vorbereitungsdienst und 10 Stunden für Fahrer betragen. Nach 3jähriger Dienstzeit soll jeder Angestellte auf sein Verlangen in jedem Jahr einen Urlaub von höchstens 10 Tagen erhalten. Für Militärurlauber wird das volle Gehalt während der Uebungen, abzüglich des Reichszuschusses gewährt. Nach der Ansicht der staatlichen Aufsichtsbehörde hat die Gesellschaft damit zur Verhütung des Ausstandes „Alles gethan, was in ihren Kräften stand und was man von einem derartigen Verkehrsunternehmen erwarten darf."

Ob auf dieser Grundlage der Friedensschluß erfolgen wird, steht noch dahin. Jedenfalls ist nicht zu verkennen, daß mit der längeren Dauer des Ausstandes auch die Gefahr eines Ueberwucherns der sozialdemokratischen Einflüsse wächst. In richtiger Würdigung der daraus sich ergebenden bedrohlichen Zuspitzung der allgemeinen Lage betrachten die „Hamb. Nachr." den Berliner Ausstand namentlich unter dem Gesichtspunkt, daß er den ersten größeren Versuch der Sozialdemokratie darstelle, wichtige Verkehrsinstitute durch ihren Terrorismus zum Stillstand zu bringen. Wenn diese Kraftprobe gelinge, so sei der Weg geebnet, dessen nächstes Ziel ein Generalstreik der im Eisenbahnbetriebe angestellten Arbeiter bilde. Deshalb namentlich sei dringend zu wünschen, daß der sozialdemokratische Coup, der jetzt in Berlin ausgeführt werden solle, ebenso wenig gelinge, wie seiner Zeit der Hamburger Hafenarbeiterstreik, der ebenfalls als Vorprobe für die Ausführungsmöglichkeit weit schlimmerer Pläne gedacht war. In Hamburg ist damals der sozialdemokratische Plan durch die zielbewußte Energie der dortigen Arbeitgeber vereitelt worden. Wenn jetzt die Berliner Straßenbahngesellschaft, die sich auf einen nicht minder exponirten Posten gestellt sieht, nicht kämpfend ausharrt und jedwede, auch die entfernteste sozialdemokratische Zumuthung unerbittlich zurückweist, so wird sie sich vom Standpunkt der Staatserhaltung aus mit einer unerträglichen Verantwortung belasten und zu einer erneuten scharfen Prüfung der Frage Anlaß geben, ob die Belassung der kommunalen Verkehrsbetriebe in den Händen von Privatgesellschaften überhaupt noch mit dem Allgemeinwohl zu vereinbaren ist.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 21. Mai.

* **Köln.** Heute fand die Hauptversammlung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirthschaftlichen Interessen im Rheinland und in Westfalen unter dem Vorsitz des Kommerzienraths Servaes-Ruhrort bei zahlreicher Betheiligung statt. Der Generalsekretär Bäumer erstattete den Bericht, worin er ausführte, ein Aufschwung in der Eisen- und Kohlenindustrie sei noch immer vorhanden und es sei nothwendig, daß die Industrie nicht einseitig belastet werde. Die Industrie wolle gemeinsam mit der Landwirthschaft über die zukünftigen Handelsverträge berathen und die Interessen beider gleichmäßig wahren. Zur Beseitigung der Kohlennoth seien die Verbesserung der Wasserstraßen und insbesondere der Dortmund-Emskanal nothwendig.

* **Karlsruhe.** Die Torpedoflottille ist heute Nachmittag 4 Uhr in Maxau eingetroffen und wurde vom Oberbürgermeister Schnetzler im Namen der Stadt Karlsruhe begrüßt, desgleichen von dem Geh. Kommerzienrath Schneider Namens der Handelskammer und des dortigen Zweigvereins des Flottenvereins. Hierauf fuhren die Angekommenen mittels Extrazuges nach Karlsruhe, wo sie am Bahnhof Mühlberger Thor vom Generalmajor v. Müller im Namen des durch Krankheit am Erscheinen verhinderten Großherzogs von Baden und durch den Stadtkommandanten v. Bröstigke Namens der Militärbehörden begrüßt wurden. Abends findet im Festhause ein Bankett statt.

Berlin. Reichstag. Das Haus ist gut besetzt. Auf der Tagesordnung steht zunächst die sozialdemokratische Interpellation wegen der in Anhalt, Reuß jüngere Linie und Lübeck beschlossenen Gesetze betr. Bestrafung des Kontraktbruches. Auf Befragung seitens des Präsidenten erklärt Staatssekretär Nieberding: Ich erkläre mich bereit, die Interpellation im Namen des Reichskanzlers zu beantworten. Da aber ein Eingehen auf die Sache ein Einvernehmen mit den betheiligten Bundesregierungen erforderlich macht, bin ich heute noch nicht in der Lage, die gewünschte Antwort zu geben. Die Beantwortung der Interpellation wird am 30. Mai von der Regierungsseite aus erfolgen. Präsident Graf Ballestrem: Damit ist für heute die Interpellation erledigt. Ich werde zu deren Begründung den Interpellanten am 30. Mai das Wort geben. Ich schlage Ihnen jetzt vor, zunächst den vierten Gegenstand der Tagesordnung, also das Fleischbeschau-Gesetz, zur Berathung zu stellen. Widerspruch erhebt sich nicht. Sie sind also einverstanden. Es wird demnach unter Absetzung sowohl der lex Heinze wie des dritten Gegenstandes, der Gewerbenovelle, in die zweite Berathung des Fleischbeschau-Gesetzes eingetreten. In der Fassung der Beschlüsse zweiter Lesung bestimmt der § 14a, daß die Einfuhr von eingepökeltem oder ähnlich zubereitetem Fleisch, ausgenommen Schweinsschinken, Speck und Därme, von Fleisch in Büchsen und Würsten oder sonstigen Fleischgemengen verboten ist und daß im Uebrigen bis Ende 1903 die Einfuhr von frischem Fleisch nur zulässig sein soll, wenn nach der Art seiner Zubereitung Gefahren für die Gesundheit ausgeschlossen sind. Von 1904 ab soll die Fleischeinfuhr, ausgenommen Schweinefchmalz, Speck und Därme, verboten sein. Ein Antrag Aichbichler und Genossen beschränkt das Einfuhrverbot auf Konserven und Würste, bringt also das Pökelfleisch nicht in das absolute Einfuhrverbot hinein. Ferner sollen für frisches Fleisch die seit Ende 1903 geltenden Bestimmungen zweiter Lesung auch späterhin Giltigkeit besitzen, also keine Verschärfung von 1904 ab erleiden. Andererseits aber werden die Bestimmungen über die Einfuhr von zubereitetem Fleisch insofern verschärft, als die Feststellung der Unschädlichkeit als unausführbar erklärt wird. Insbesondere bei Pökelfleisch, sofern das Gewicht einzelner Stücke hinter 4 Kilogramm zurückbleibt. Ein Antrag von Bonin und Genossen (der Antrag der Bündler und einer Mehrheit der Konservativen) unterscheidet sich vom Kompromißantrag dadurch, daß er die Einfuhr von Pökelfleisch verbietet und von den Beschlüssen zweiter Lesung dadurch, daß er anstatt des negativen Verbotes bezeichnet, was überhaupt noch eingeführt werden darf. Abg. Baudert (Soz.) und Augst (südd. Volksp.) bekämpfen sowohl die Beschlüsse zweiter Lesung wie auch die Kompromißvorschläge. Es müsse im Interesse der unbemittelten Bevölkerung von allen derartigen Erschwerungen der Fleischeinfuhr abgesehen werden. Abg. v. Wangenheim (B. d. L.) tritt für die Beschlüsse zweiter Lesung in der Fassung des Antrags von Bonin, also namentlich für das Verbot der Einfuhr von Pökelfleisch ein. Für ihn und seine älteren Freunde sei das Gesetz einfach unannehmbar in der Abschwächung des Kompromißantrages. Abg. Packnicke (freis. Vrg.): Wenn das Gesetz scheitert, werden wir uns darüber nicht grämen. Die Beschlüsse zweiter Lesung würden unsere Volksernährung vertheuern und unsere Handelsbeziehungen stören. Staatssekretär Graf Posadowsky: Hauptzweck des Gesetzes ist doch der, den Verbrauchern des wichtigsten Nahrungsmittels dieses in gutem Zustande zu bieten. Aber davon hat man in der ganzen Debatte nichts gehört. Einmal muß doch die Wahrheit gesagt werden. Von einem ganzen Landestheil ist gesagt worden, daß es dort Brauch sei, mattes in das gute Fleisch bei der Wurstbereitung zu mischen. Da sehen Sie doch, welche richtigen Gesichtspunkte diesem Gesetze zu Grunde liegen. Andererseits können wir nur diese Gesichtspunkte gelten lassen. Herr v. Wangenheim spricht demgegenüber ununterbrochen von Zollschutz und von einem Vorgehen gegen das Ausland; aber eine solche Generalprobe oder Kraftprobe zu machen, daran denken wir nicht. Daß wir das Interesse der Landwirthschaft wahren, wird Niemand leugnen, wir haben das schon zur Zeit Caprivi's gethan; aber es ist doch höchst bedenklich, wenn die Landwirthschaft so unnachgiebig ist, daß sie alle anderen Kreise gegen sich einnimmt. Wir sind fest entschlossen, der Landwirthschaft denjenigen Schutz angedeihen zu lassen, der verträglich ist mit den Interessen der übrigen Bevölkerung, aber Sie dürfen doch nicht so thun, als ob im Inlande nur gesundes Fleisch existire und als ob alles Fleisch schlecht sei, das aus dem Auslande kommt. Ginge es nach Herrn v. Wangenheim, so müßten wir alles Fleisch aus dem Auslande verbieten. Eine dahingehende Erklärung hat aber der Herr Reichskanzler nicht abgegeben, er konnte nur erklären, daß das ausländische Fleisch untersucht werden solle und so weit es nöthig sei, seinen Genuß zu verhindern. Wir wollen die Einfuhr von Würsten und Konserven verbieten, weil da die Untersuchung nicht möglich ist. Herr v. Wangenheim und seine Freunde wollen auch das Pökelfleisch ausschließen. Aber ich frage: wo ist die Gefahr größer, wenn Sie sämmtliche Hausschlachtungen ohne Untersuchung lassen, oder wenn Sie das Stückchen Pökelfleisch zulassen? (Rufe links: Sehr richtig!). Das Quantum Fleisch aus ununtersuchten Hausschlachtungen ist unendlich viel größer, als das eingeführte Pökelfleisch. Lehnen Sie dieses Gesetz ab, so erlangen Sie damit doch nur, daß das fremde Fleisch andauernd in's Land kommt. Schließlich wendet sich der Staatssekretär wieder zur Linken, indem er betont, daß der Einfuhr von Wurst wirklich Bedenken entgegenstünden, daß die Konserven außerdem weniger von unbemittelten als von bemittelten Kreisen verbraucht würden und daß gegen die Untersuchung der Hausschlachtungen unüberwindliche Schwierigkeiten bezw. Kosten sprächen. Jedenfalls handele es sich hier für Deutschland um eine autonome Gesetzgebung, bei der sich die Regierung von keinerlei Drohung beeinflussen lasse, woher sie auch komme. Abg. v. Levetzow (kons.) empfiehlt dringend den Kompromißvorschlag zur Annahme. Abg. Börner (ntl.): Das Gesetz habe so große Vorzüge, daß seine Freunde, auch wenn nicht ganz das, was in der zweiten Lesung beschlossen worden sei, erreicht werde, doch für dasselbe in der Fassung des Kompromisses stimmen würden. Staatssekretär Graf Posadowsky versichert auf Anfrage des Vorredners noch ausdrücklich, der Antrag Bonin sei für die Regierung unannehmbar. Abg. Pißler (kons.) tritt als Mitunterzeichner des Antrags Bonin lebhaft für diesen ein; denn ohne ihn werde, was an Wurstwaaren weniger eingehe, um so mehr an Pökelfleisch eingehen. Wenn Amerika Repressalien ergreift, wozu haben wir dann das deutsche Heer? (stürmische Heiterkeit). Als Redner schließt, klatscht ein Mitglied der Reformpartei lebhaft mit den Händen.

Triumph-Seife